

Heinemann, Friedrich

Article

Vertrauen und die Akzeptanz von Reformen

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Heinemann, Friedrich (2007) : Vertrauen und die Akzeptanz von Reformen, ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Vol. 10, Iss. 3, pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/125982>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vertrauen und die Akzeptanz von Reformen

Die Anpassungsfähigkeit, mit der verschiedene Industriestaaten dem demographischen Wandel und den Anforderungen der Globalisierung begegnen, unterscheidet sich deutlich. Ländern, die frühzeitig ihre Arbeitsmärkte, ihre Steuer- und Sozialversicherungssysteme reformieren, stehen Staaten gegenüber, die sich mit Reformen schwer tun und wenn überhaupt nur langsam reagieren. Die Ursachen für diese Unterschiede im Reformtempo sind bis heute kaum erforscht. In diesem Beitrag wird die mögliche Rolle des Vertrauens in diesem Zusammenhang beleuchtet. Theoretische Überlegungen sprechen dafür, dass Reformwiderstände leichter überwindbar sind, wenn Menschen ihren Mitmenschen, aber auch den Institutionen und politischen Akteuren ihres Landes mit einer vertrauensvollen Grundeinstellung begegnen. Die hier präsentierte Empirie stützt die Hypothese, dass unterschiedliches Vertrauen internationale Unterschiede im Reformtempo zum Teil erklären kann.

In den Politik- und Wirtschaftswissenschaften erfährt der vom Harvard-Politologen Robert Putnam geprägte Begriff des „Sozialkapitals“ in den letzten Jahren eine wachsende Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zum Sach- oder Humankapital bezeichnet das Sozialkapital all die Merkmale einer Gesellschaft, die zur Erreichung gemeinschaftlicher Ziele hilfreich sind. Zu diesen Merkmalen zählen die Existenz sozialer Netzwerke, soziales Verhalten begünstigende soziale Normen und eben auch das Vertrauen, mit dem Menschen einander begegnen.

In der empirischen Wachstumsökonomie ist der Gedanke, dass Vertrauen positive Folgen für die wirtschaftliche Performance eines Landes haben sollte, bereits mit Erfolg aufgegriffen worden. Theoretisch leuchtet es unmittelbar ein, dass Vertrauen die Kosten von Transaktionen begrenzt, die auf Annahmen über das zukünftige Verhalten anderer fußen. Transaktionen, bei denen Erwartungen über die Verhaltensweisen anderer Akteure gebildet werden müssen, sind allgegenwärtig: Kreditverträge fußen auf Erwartungen über die zukünftige Zahlungsbereitschaft des Kreditnehmers; in Arbeitsverträgen verlassen sich Arbeitgeber auf die Einsatzbereitschaft von Arbeitnehmern für Tätigkeiten, deren Leistung schlecht messbar ist; Investitionsaktivitäten basieren auf der Erwartung, dass der Investor in der Zukunft die Früchte seiner Innovationen ernten kann und vor Diebstahl oder Enteignung sicher ist.

Sind Menschen stark durch ein grundsätzliches Misstrauen gegen ihre Mitmenschen geprägt, dann ist dies für all diese Aktivitäten mit hohen Kosten verbunden: Mit wachsendem Misstrauen nimmt die Notwendigkeit formaler und kostspieliger Verträge mit hohem Präzisionsgrad zu, außerdem müssen Menschen in steigendem Maße Ressourcen für den Schutz ihres Eigentums aufwenden. Ein hohes Vertrauen ist aus diesen Gründen eine positiv wirkende Wachstumsdeterminante, wie dies auch empirische Studien belegen (Knack und Keefer, 1997).

Ist die Rolle des Vertrauens für das Wachstumspotenzial eines Landes bereits belegt, so hat seine Relevanz für die Reformfähigkeit bislang noch wenig Aufmerksamkeit erlangt. Auch hier legen theoretische Überlegungen eine positive Wirkung nahe. Es sind unter anderem folgende Argumente, die für eine reformbegünstigende Wirkung des Vertrauens sprechen:

Erstens produzieren Reformen in den seltensten Fällen nur Gewinner, sondern regelmäßig auch Verlierer. Überwiegen die Gewinne die Verluste, dann ist es zwar theoretisch möglich, durch entsprechende Kompensationsgeschäfte die Zustimmung der Verlierer zu erkaufen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn Kompensationsversprechen Glaubwürdigkeit genießen. In einer Gesellschaft, die von Misstrauen gekennzeichnet ist, sind Menschen, die sich als Verlierer der Reform be-

trachten, unter anderem deshalb kaum zur Zustimmung zu Reformen zu bewegen, weil sie Kompensationszusagen keinen Glauben schenken.

Zweitens können weit reichende Reformen oftmals nur nacheinander abgearbeitet werden. Dies hat zur Folge, dass ein Reformprozess nicht sofort allen Gruppen einer Gesellschaft Zugeständnisse abverlangt. Bei fehlendem Vertrauen, dass tatsächlich alle gesellschaftlichen Gruppen am Ende Veränderungen werden akzeptieren müssen, wird keine Gruppe zulassen, dass ausgerechnet sie die ersten Veränderungen akzeptieren soll. In der spieltheoretischen Terminologie bedeutet dies, dass Misstrauen die Wahrscheinlichkeit eines Gefangenendilemmas erhöht, in dem sich alle Gruppen durch kollektive Reformverweigerung selber schädigen.

Ein drittes Argument ergibt sich schließlich aus Informationsproblemen. In einer vom Misstrauen gekennzeichneten Gesellschaft dürfte es der Politik und den Experten schwerer fallen, Menschen von den Vorteilen eines Reformkurses zu überzeugen, als in einem durch ein hohes Maß an Vertrauen geprägten Land.

Die Hypothese, dass Vertrauen Reformen erleichtert, ist somit theoretisch gut zu begründen. Eine empirische Überprüfung soll nun auf Basis international vergleichender Daten erfolgen. Das Ausmaß des zwischenmenschlichen Vertrauens wird dabei mit Hilfe des seit Beginn der 1980er Jahre in vielen Staaten regelmäßig erhobenen World Value Survey (WVS) quantifiziert. In den Umfragen des WVS wird folgende Frage gestellt, die zur Quantifizierung des Vertrauens herangezogen werden kann: „Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people?“ Tabelle 1 fasst das Antwortverhalten in verschiedenen Staaten zusammen. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die skandinavischen Länder und die Niederlande durch ein hohes Vertrauen ge-

Tabelle 1:
Durchschnittliches Vertrauen

	Vertrauen allgemein
Dänemark	0,67
Schweden	0,66
Norwegen	0,65
Niederlande	0,60
Finnland	0,57
Neuseeland	0,49
Deutschland (neue Bundesländer)	0,43
Japan	0,43
Australien	0,40
Kanada	0,37
Schweiz	0,37
USA	0,36
Irland	0,36
Spanien	0,34
Österreich	0,33
Italien	0,33
Deutschland (alte Bundesländer)	0,32
Belgien	0,29
Großbritannien	0,29
Griechenland	0,24
Frankreich	0,21
Portugal	0,12

Berechnungen aus WVS (Welle 1999-2004): Anteil der Befragten, welche die Aussage „most people can be trusted“ bejahen.

kennzeichnet sind – ein Befund, der durchaus in Übereinstimmung mit der Hypothese vom positiven Zusammenhang zwischen Vertrauen und Reformfähigkeit steht, weil diese Länder sich in den 1990er Jahre etwa im Vergleich zu den großen Staaten der Eurozone Italien, Frankreich und Deutschland als äußerst reformfähig gezeigt haben. Umgekehrt rangiert ein Land wie Frankreich, das als tief im „Reformstau“ verhaftet gekennzeichnet werden muss, tatsächlich weit unten in der Skala des zwischenmenschlichen Vertrauens.

Empirische Untersuchung

Um den Zusammenhang zwischen Reformen und Vertrauen nun präziser zu untersuchen, wird als Reformindikator die Veränderung des vom Fraser-Institut berechneten Indikators der ökonomischen Freiheit herangezogen (Economic Freedom of the World, EFW). Der EFW wird seit 1970 in Fünf-Jahres-Schrit-

ten berechnet. Ein Anstieg des EFW über einen Fünf-Jahres-Zeitraum deutet darauf hin, dass Reformen stattgefunden haben, die mit Liberalisierungen der Märkte verbunden waren. Die so gemessenen Reformen lassen sich dann in Beziehung zum im Rahmen des WVS gemessenen Vertrauen setzen. Zu diesem Zweck wird folgendes Modell für 21 Staaten auf Basis von Fünf-Jahres-Perioden zwischen 1980 und 2000 geschätzt, wobei i der Länderindex und t der Zeitindex ist:

$$\Delta \text{EFW}_{t,i} = \alpha_1 + \alpha_2 \text{EFW}_{t,i \text{ Anfang}} + \alpha_3 K1_{t-1,i} + \alpha_4 K2_{t-1,j} + \alpha_5 \text{Vertrauen}_{t,i} + u_{t,i}$$

Die Reform gemessen als Veränderung des EFW-Indikators über einen Fünf-Jahres-Zeitraum wird dabei in Abhängigkeit von folgenden Größen modelliert:

- dem am Anfang eines Fünf-Jahres-Zeitraums herrschenden Niveau der ökonomischen Freiheit, weil davon ganz offensichtlich der Reformbedarf abhängt,
- zwei Krisenvariablen K1 und K2, weil ökonomische Krisen die Reformbereitschaft erhöhen sollten und
- dem hier im Mittelpunkt des Interesses stehenden Vertrauensindikator.

Da das Vertrauen im WVS erst seit 1980 erhoben wird, stützt sich die Regression auf den Zeitraum 1980 bis 2000. Der Krisenindikator K1 knüpft am Wirtschaftswachstum an und postuliert insofern die Hypothese einer wachsenden Durchsetzbarkeit von Reformen bei fallenden Wachstumsraten. Der Krisenindikator K2 hingegen repräsentiert Währungskrisen und basiert auf den Veränderungen des nominalen Wechselkurses und Veränderungen im Bestand von Devisenreserven. Schätztechnisch erfolgt eine FGLS-Vorgehensweise (Feasible Information Generalized Least Squares), bei der die Standard-OLS-Annahme der Homoskedastizität in Bezug auf die verschiedenen Querschnittseinheiten aufgegeben wird. Außerdem wird Autokorrelation erster Ordnung der Residuen zugelassen, um eine nicht unrealistische Trägheit der Anpassungsprozesse zuzulassen. Zur Begrenzung von Simultanitätsproblemen wird jeder Reformperiode der um eine Periode verzögerte Wert der Krisenindikatoren zugeordnet.

Tabelle 2:
Abhängige Variable Δ EFW

	Gesamt
EFW Startwert	-0,230***
K1: Wachstum (t-1)	-0,077***
K2: Währungskrisenindikator (t-1)	0,024
Vertrauen	0,422***
Konstante	1,881***
Beobachtungen	49
Gemeinsame Signifikanz (Prob>chi2)	0,000

***: signifikant zum Niveau von 1%.

Tabelle 2 fasst die Resultate der Regression zusammen.

Die Hypothese, dass Reformen durch hohe Werte des Vertrauens begünstigt werden, wird durch ein signifikant positives Vorzeichen des Vertrauensindikators gestützt. Wie erwartet sind Reformen außerdem in den Staaten ausgeprägter, die anfänglich noch ein geringes Maß an ökonomischer Freiheit aufweisen und die in der vorhergehenden Periode ein niedriges Wirtschaftswachstum aufzuweisen hatten. Offenbar bieten ökonomische Krisensituationen tatsächlich günstige Gelegenheiten für Liberalisierungsmaßnahmen. Hingegen bestätigt diese Analyse nicht die reformerleichternde Funktion von Währungskrisen.

Fazit

Selbst wenn die hier präsentierte Empirie noch als vorläufig angesehen werden muss, ergeben sich doch Hinweise darauf, dass die theoretisch zu vermutende Rolle des Vertrauens in Reformprozessen empirisch eine Rolle spielt. Dies verweist auf grundlegende Probleme, mit denen etwa auch die Reformpolitik in Deutschland konfrontiert ist: Vorbedingung für eine erfolgreiche Reformpolitik ist Vertrauen. Angesichts eines eher rückläufigen Vertrauens der Menschen hierzulande insbesondere in die politischen Akteure haben sich die Voraussetzungen für die Akzeptanz von Reformen daher eher verschlechtert.

Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Literatur:

- Knack, S. und P. Keefer (1997), Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation, *The Quarterly Journal of Economics*, 112(4), 1251-1288.